

"Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert im Zusammenhang mit den 'Völkerbildern' bei Deutschen, Franzosen, Polen und Tschechen - fachwissenschaftliche und fachdidaktische Aspekte" - Bericht über eine internationale Fachtagung am 8. und 9.2.1990 im Historischen Institut der Universität Dortmund.

Die vom Historischen Institut der Universität Dortmund schon lange vor dem Herbst 1989 geplante, vorbereitete und nun durchgeführte Fachtagung paßte sich gut in die derzeitigen Bemühungen "westlicher" und "östlicher" Intellektueller ein, die den - vielleicht vergeblichen - Versuch unternahmen, den Problemen der "deutschen Frage" mit Nachdenken und Rationalität zu begegnen, und dies in einem europäischen Rahmen zu tun.

Der Organisator der Tagung, Privat-Dozent Dieter Tiemann, eröffnete den Reigen der Referate, denen jeweils intensive Aussprachen folgten, mit dem Hinweis auf die relative Wichtigkeit der "deutschen Frage" angesichts der Tatsache, daß die Bindekraft des Nationalen in Mitteleuropa nachgelassen habe, daß Sachzwänge die Beachtung des internationalen Rahmens - etwa beim Nord-Süd-Gefälle - erforderlich machten und z.B. die Probleme der Umweltzerstörung als übernational drängende der Lösung harreten.

Prof. Dr. Wilfried Loth von der Universität Essen gab in seinem Einleitungsreferat einen historischen Überblick über die "deutsche Frage in Europa" im 19. und 20. Jahrhundert. So sei der von der 1848er Revolution in Deutschland erstrebte Nationalstaat schon damals von den großen europäischen Mächten wie Rußland, Britannien und Frankreich abgelehnt und Bestrebungen zu seiner Realisierung bekämpft worden. Damit sei die deutsche Revolution auch außenpolitisch gescheitert. Die Reichsgründung von 1871 habe in einer Zeit der veränderten Mächtekonstellation in Europa nach dem Krimkrieg stattgefunden und sei deshalb - aber auch, weil sie nur eine kleindeutsche Lösung erbrachte - von den Nachbarmächten eher toleriert worden. In der Zeit zwischen 1919 und 1933 habe für das Deutsche Reich trotz des Versailler Vertrages durchaus die Entwicklung zu einer europäischen Großmacht als Möglichkeit bestanden, da die Mächtekonstellation durch einen britisch-sowjetischen und einen britisch-französischen Gegensatz gekennzeichnet gewesen sei. Der Zweite Weltkrieg habe nach einer vorübergehenden deutschen Hegemonie den Zusammenbruch des euro-

päischen Mächtesystems gebracht. Im Sommer 1948 habe George Kennan für die USA in einem Deutschland-Plan Deutschlands Neutralisierung erwogen, wie es Stalin in seiner Note von 1952 für die UdSSR vorgeschlagen habe.

Herr Akad. Oberrat Johannes Hoffmann von der Uni Dortmund sprach zum Thema, "Menschen aus dem Osten im Ruhrgebiet 1870-1990". Er bemühte sich erfolgreich, bei den auswärtigen Gästen Klischeevorstellungen über das Ruhrgebiet und seine Menschen abzubauen und durch detaillierte Informationen zu ersetzen. Die ersten Migranten, die aus dem Osten ins Ruhrgebiet kamen, waren Bergarbeiter aus dem schlesischen Bergbaugebiet um Waldenburg. Ruhrzechen hatten Tausende von ihnen abgeworben, nachdem ein Bergarbeiterstreik im Waldenburger Bergland dort schlechte Arbeitsverhältnisse offenbart hatte. Dieser Streik fand 1869 statt. Ab 1880 setzte ein Zustrom vor allem jüngerer Bauern und Landarbeiter aus den preußischen Ostprovinzen Posen, West- und Ostpreußen ein. Im Jahre 1910 arbeiteten hunderttausende von Gastarbeitern aus Österreich-Ungarn (darunter viele Polen), den Niederlanden, Rußland (auch darunter viele Polen) und Italien in Deutschland und im Ruhrgebiet. Ins Ruhrgebiet kamen vor allem "Reichspolen", die als deutsche Staatsbürger galten, weil sie aus den preußischen Ostprovinzen kamen. Die Zuwanderung von Oberschlesiern sei relativ gering gewesen. Von den Polen zu unterscheiden waren die Zuwanderer aus Masuren, die auch nicht katholisch, sondern protestantisch waren. Um 1880 kamen als "Durchwanderer" sogenannte "Ostjuden" aus russisch Polen, die zumeist weiter nach Übersee auswandern wollten, häufig aber auch im Ruhrgebiet "hängenblieben". Sie dürften das noch heute gebräuchliche Wort für Arbeit im Ruhrgebiet, nämlich "Maloche", aus ihrer jiddischen Sprache hinterlassen haben. Die Erforschung ihrer Geschichte sei bis heute arg vernachlässigt worden. 1933 habe es in Dortmund noch 1200 Ostjuden gegeben. An die Tausende von "Ostarbeitern" und "-arbeiterinnen", die während des Zweiten Weltkrieges auch im Ruhrgebiet für die deutsche Kriegsmaschine schufteten mußten, erinnern heute nur noch Friedhöfe und Gedenkstätten wie in Stukenbrok. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich auch im Ruhrgebiet viele sogenannte "Displaced Persons", die z.T. im Lande blieben. Dazu kamen dann die Flüchtlinge aus den ehemals deutschen Ostgebieten und neuerdings die DDR-Aussiedler.

In der ersten Nachkriegszeit zog der Kohlebergbau viele junge Leute als "Neubergleute" an. Alle diese Zuwanderer prägten das Leben und die Sprache des Ruhrgebiets mit, aber Untersuchungen und Veröffentlichungen über das Ruhrgebiet gingen selten den historischen Wurzeln der heutigen Situation nach.

Dr. Alexander Uschakow von der Universität Köln sprach als Jurist über "Polen und die deutsche Frage". Er machte den Unterschied zwischen einer politischen und einer juristischen Entscheidung in der deutsch-polnischen Kernproblematik, der Oder-Neiße-Grenze, deutlich. Politische Erklärungen seien juristisch gesehen wohlfeil. Die wichtigste Frage sei heute: Wodurch läßt sich diese Grenze sichern? Die Frage sei gestellt in einer Zeit, in der in Ostmitteleuropa nicht mehr der "eigene Weg zum Sozialismus", sondern der "eigene Weg weg vom Sozialismus" zum Programm erhoben worden sei. Die polnische Staatsraison sei die Erhaltung der Oder-Neiße-Grenze. Aber in Polen sei schon die Befürchtung zu hören, daß Deutsche und Russen sich noch einmal auf Kosten Polens verständigen könnten. Uschakow sprach auch von dem polnisch-sowjetischen Geheimabkommen vom Juli 1944, das die Oder-Neiße-Grenze zum Inhalt hatte.

Nach der Mittagspause sprach Dozent Dr. Adam Suchonski von der Pädagogischen Hochschule in Oppeln über seine empirischen Forschungen zum Thema "Polnisch-deutsche Beziehungen im Bewußtsein der Jugend Polens unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts". Es wurden in zwei Untersuchungsgängen im Mai und im Dezember 1989 insgesamt 955 Jugendliche in der Wojewodschaft Oppeln per Fragebogen um Antwort angegangen. Die Umfrageergebnisse wurden differenziert nach Schul- und Alterstypen, nach dem Kriterium Alteingesessene (in diesem Falle auch verbliebene Deutsche) und Zuwanderer nach 1945, ausgewertet (siehe im einzelnen: Heft I/90 dieser Zeitschrift).

Herr Dr. Jiří Kořalka aus Prag sprach zur "Deutschen Frage aus tschechischer Sicht". Die Tschechen hätten bis 1968 immer nur Deutsche als ihre Gegner erlebt - dies im Unterschied zu den Polen. Dabei seien die Tschechen immer die Unterlegenen gewesen. Im 19. Jahrhundert hätte sich für die Tschechen - z.B. anlässlich der 1848er Revolution - die Frage gestellt, mit welchen Deutschen sie gegen andere Deutsche hätten gehen können. So hätten sich drei Optionen angeboten: 1. Mit den Deutschböhmen (Sudetendeutschen)

gemeinsame Sache zu machen, 2. das K.u.K. Österreich als Schirmherrn der tschechischen Nationalbewegung zu reklamieren und 3. Hilfe und Unterstützung bei den norddeutsch-protestantischen Staaten zu suchen. Krisen und Kriege bedrohten das tschechische nationale Leben im 19. und 20. Jahrhundert: die Revolution von 1848, der preußisch-österreichische Krieg von 1866, der Erste und der Zweite Weltkrieg. 1848 habe sich der tschechische nationale Vorkämpfer Palacky bei der Paulskirche erfolglos um eine tschechische Teilautonomie bemüht, wie sie auch Slowenen und Sorben zugestanden werden sollte. 1866 hätten tschechische Einzelgänger preußische Hilfe gegen Österreich gesucht, die Mehrheit der Tschechen sei jedoch gegen Preußen eingestellt gewesen, weil es als antislawisch galt. Die Preußen hätten nach ihrem Sieg bei Königgrätz versucht, die Tschechen gegen Österreich aufzuhetzen, was aber im ganzen nicht gelungen sei. Bis zur Jahrhundertwende habe eine allgemeine Beruhigung stattgefunden. Nach der Gründung der ersten Republik 1918 habe die CSR den Versuch unternommen, mit dem Deutschen Reich korrekte Beziehungen zu unterhalten. 1938 sei die große Enttäuschung über das Verhalten der britischen und französischen Regierungen gekommen. Zwischen 1939 und 1940 habe es eine kurze Phase der Kooperation zwischen Tschechen und Norddeutschen (die zur Verwaltung des "Protektorats" abgestellt worden waren) gegeben, die nach der Schließung der tschechischen Hochschulen im November 1939 ein schnelles Ende nahm. Die Besatzungspolitik war hart; man sollte aber keine gegenseitige Aufrechnung mit der Vertreibung vornehmen. Große kulturelle und wirtschaftliche Schäden seien durch die Vertreibungen entstanden, und es handelte sich bei diesem Kapitel um eines der dunkelsten der deutsch-tschechischen Geschichte. In den 50er und 60er Jahren seien die DDR-Deutschen als die guten, die BRD-Deutschen als die bösen betrachtet worden, seit 1968 habe sich die Einschätzung umgekehrt.

Am Freitag, dem 9.2.1990, eröffnete Prof. Dr. Diere aus Halle/Saale die Kette der Referate, die mitleidslos auf die Zuhörer/innen einprasselten. Solche Tagungen, die aus vielen Gründen ja nicht allmonatlich stattfinden können, sollten viel mehr Zeit für Aussprachen und private Gespräche am Rande der Tagung lassen, als das hier in Dortmund der Fall war. Das hat natürlich seine Grenzen bei der Finanzierung, sollte aber trotzdem immer mit bedacht wer-

den. Herr Diere versuchte, aus heutiger Sicht die deutsche Frage nach ihrem Platz, Stellenwert und didaktischer Position in der DDR zu beschreiben. Er teilte mit, daß neue Arbeitsgrundlagen zur Zeit diskutiert würden, neue Lehrpläne und Lehrbücher für 1990/91 geplant seien. Eine soziologische Untersuchung Mitte 1988 habe erbracht, daß bei DDR-Jugendlichen eine emotionale Barriere gegen die Vermittlung der Geschichte der DDR in jüngerer Zeit bestanden habe. Die deutsche Frage sei heute in DDR-Schulen besonders aktuell, weil es der Grundsatz des Lehrplans von 1988 gewesen sei, die ganze deutsche Geschichte als Vorläufer der DDR-Geschichte darzustellen. Beim Abschluß in Klasse 10 der Polytechnischen Oberschule sei die Erkenntnis zu vermitteln gewesen, daß die DDR die besten Traditionen der deutschen Geschichte verkörpere.

Historische Erkenntnisleistungen von DDR-Wissenschaftlern, die auch in die neuen Lehrpläne eingegangen seien, sollte man nicht abtun, besonders wenn es die Zeit vor 1917 beträfe. Revidiert müßten werden die Darstellungen der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts in Hinsicht auf die nationale neben der sozialen Problematik, für die Zeit des Nationalsozialismus die überhöhte Darstellung der Rolle der KPD in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der DDR-Geschichtsunterricht müßte von der quantitativ überzogenen Darstellung der DDR-Geschichte zu einem objektiven Bild der europäischen Geschichte finden, das Bild der BRD revidiert darstellen und auch die positiven Errungenschaften der DDR nicht ausklammern.

Prof. Dr. Fürnrohr, Universität Erlangen-Nürnberg, unternahm eine Darstellung der Deutschen Frage im Geschichtsunterricht der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der Vorgabe von 10 Lehrplänen der Bundesländer (plus Berlin-West) wählte er je ein "A" und ein "B"-Land der BRD aus, um die politisch bedingten Unterschiede in der Aufgabenstellung und Thematik zur Deutschen Frage herauszuarbeiten: Nordrhein-Westfalen und Bayern, die beiden größten Länder der Republik. Als markanten Unterschied zwischen den Lehrplänen der beiden Länder stellte Fürnrohr das Verschweigen der deutschen Gebietsverluste nach dem Zweiten Weltkrieg und der Vertreibung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten in den Plänen Nordrhein-Westfalens heraus. Demgegenüber würden diese Themen in

den bayerischen Plänen angesprochen, ohne daß damit Revanchismus verbunden werde. Dabei bezog er sich auf die NRW-Pläne von 1978 und 1989, die bayerischen von 1985. Es handele sich um zwei Arten politisch motivierter Lehrpläne, wobei er den NRW-Plänen eine bedenkliche selektive Vorgehensweise anlastete. Hier schlage die politische Sicht der SPD durch.

Die drei letzten Referate des zweiten Tages befaßten sich mit der französischen Sicht der Deutschen Frage. Frau Prof. Dr. Maria Zenner, Universität Regensburg, sprach über das "Deutschlandbild Ernest Renans". Renan (1823-1892) war Orientalist, daneben aber auch ein Deutschlandkenner hohen Grades. Er genoß hohes Ansehen in der dritten französischen Republik. Renan zeichnete für seine Landsleute ein vorwiegend positives Deutschlandbild. So pries er die innenpolitischen Reformen in Hannover und Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Vorbilder der Selbstverwaltung im Gegensatz zum Napoleonismus und Rousseauschen Demokratismus. Er erhoffte sich ein friedliches Europa der Vaterländer und sah in der deutschen Reichseinigung einen "Teil der Harmonie der Welt". Die inneren Reformen Frankreichs sollten sich an Deutschland orientieren, auch die Forderung Humboldts für Freiheit von Lehre und Forschung galt ihm als vorbildlich. Der Krieg 1870/71 habe Renan dann tief enttäuscht, besonders aber die nach dem deutschen Sieg vollzogene Annexion Elsaß-Lothringens. Jetzt stellte Renan die guten deutschen Eigenschaften dem deutschen Nationalismus gegenüber und sah düstere Zukunftsperspektiven: Deutschland als neue Hegemonialmacht in Europa. Renans Haltung gegenüber Deutschland war von nun an durch Resignation gekennzeichnet. Frau Zenner fragte abschließend, was an Renan modellhaft geblieben sei und meinte, es sei seine Offenheit für den deutschen Nachbarn, sein großer Verstehenshorizont und seine Sichtweise, die Nationalität immer im Zusammenhang mit Kultur, Gesellschaft und Politik gesehen zu haben.

Prof. Dr. Henri Ménudier, Universität Paris III, referierte über "Deutschland und die Deutschen - von Frankreich aus gesehen". Er gliederte sein Referat in drei große Teile: 1. Theoretische Aspekte der Entstehung von "(Völker-)Bildern", 2. Faktoren, die das Deutschlandbild Frankreichs bestimmen und 3. Deutschlandbilder der Franzosen. Zu 1: "Bilder", Stereotype, Vorurteile entstehen

sowohl durch Vermittlung in der Familie als auch durch lange soziale Lernprozesse. Sie sind ausgezeichnet durch Subjektivität und Selektivität. Letztere macht die Bilder widerspruchsfrei, sie sind weder wahr noch unwahr, haben aber eine innere Stimmigkeit und Beständigkeit. Die Bilder helfen bei der Identitätsstiftung und der Orientierung in der Außenwelt. Dabei sind sowohl Freund- als auch Feinbilder möglich. Etwa 50% des Inhalts dieser Bilder steht fest, nur die Hälfte wandelt sich langsam. Zu 2: Die Rolle des "Erbfeindes" der Franzosen hat eigentlich England erfüllt. Da die kriegerischen Auseinandersetzungen mit England jedoch weit zurückliegen, hat Deutschland im 19. Jahrhundert die Rolle des Erbfeindes übernommen. Im Familienleben, bei Feiertagen und auch im Fernsehen wird die Geschichte der deutsch-französischen Gegensätze immer wieder lebendig gehalten. Auch die Kriegerdenkmäler erinnern an 1870/71, 1914/18 und 1939/45. Positive Elemente eines französischen Deutschlandbildes finden sich in der reichen Tradition kulturellen Austauschs. Hier gilt Deutschland als Land der Dichter und Denker. Soziologische Untersuchungen haben ergeben, daß französische Frauen negativer über Deutschland urteilen als französische Männer, ältere Franzosen negativer als junge und daß auch die Höhe des Bildungsstandes, der Wohnort und die berufliche Tätigkeit den Charakter des Deutschlandbildes mitbestimmen.

Zu 3: Es gibt mehrere Deutschlandbilder der Franzosen:

1. ein touristisches Bild vom romantischen Deutschland (Rhein, Schwarzwald, Bayern),
2. ein Kulturbild Deutschlands, bei dem sich die Schwierigkeit einstellt, daß es kein deutsches Paris gibt, sondern viele kulturelle Zentren. Die französische Besatzungspolitik nach 1945 habe sich um den kulturellen Austausch sehr verdient gemacht. Bis in die 60er Jahre sei Frankreich dabei der gebende Teil gewesen, seitdem sei es umgekehrt,
3. ein sozio-ökonomisches Deutschlandbild als Mischung aus Bewunderung (Wirtschaftswunder, Reichtum) und Angst (deutsche Wirtschaftshegemonie),
4. ein Bild vom politischen System der BRD mit Hochschätzung der Demokratie, der Stabilität und des föderalen Aufbaus, aber auch mit Furcht vor Bedrohung dieser Demokratie durch NPD, Republikaner, "Radikalenerlaß" und "Berufsverboten";

5. ein Bild von der außenpolitischen Rolle der BRD: zu große Abhängigkeit von den USA, Probleme der deutschen Teilung und "Rapallo-Angst".

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien zwei Drittel aller Franzosen für eine deutsche Wiedervereinigung.

Prof. Dr. Henri Moniot, Universität Paris VII, sprach als letzter zum Thema "Deutschland und die Deutsche Frage im französischen Geschichtsunterricht". Er wurde von Herrn Tiemann als "Papst der französischen Didaktik" vorgestellt. Moniot zitierte einen "Papst des Geschichtsunterrichts der 3. Republik", Ernest Lavisse, der den französischen Geschichtslehrern die Aufgabe gestellt habe, sich am deutschen Geschichtsunterricht zu orientieren. Auf diesen habe sogar Kaiser Wilhelm II. direkt Einfluß genommen, und zwar im Sinne eines deutschen Nationalismus. Für die Grundschule habe der Geschichtsunterricht als Fach der Vaterlandsliebe gegolten, Patriotismus gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens habe dazu gehört. Frankreich verkörpert das Recht und die Zivilisation, Deutschland die Macht. Der Rhein ist Frankreichs natürliche Ostgrenze. So stand es im Schulbuch von 1895. Um 1900 wurde der Patriotismus pazifistisch: Verteidigungskriege seien gut, Eroberungskriege schlecht. Der Geschichtsunterricht sei ein rein nationaler gewesen, Ausländer kamen nur vor, wenn von Kriegen die Rede war, die Schulbücher hätten eine ruhige Gewißheit französischer Identität vermittelt. Im Gymnasium habe um 1902 eine gesonderte Betrachtung der deutschen und der italienischen Einigung stattgefunden, das Problem Elsaß-Lothringen sei sehr ausführlich behandelt, die französische Geschichte sei als langer Weg zur nationalen Einheit dargestellt worden. Die Geschichtsbücher für das Gymnasium nahmen am Pazifismus der Grundschulbücher nicht teil. In der Zeit zwischen den Weltkriegen sei die Kontrastdarstellung Frankreich-Deutschland in den Schulbüchern geblieben. 1925 habe es jedoch eine eigene Landeskunde von Deutschland und Großbritannien gegeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Kontinuität angehalten. Noch 1971 hieß es, dreimal in 100 Jahren habe Deutschland Frankreich angegriffen, internationale Aspekte wurden weitgehend vernachlässigt. Das deutsche Volk wurde als eines mit niedrigem Denken und passiver Disziplin dargestellt: "Mit Wil-

helm II. trat Deutschland in die wahnsinnige Epoche seiner Geschichte ein".

Die Lehrpläne von 1980 räumen der Darstellung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viel Zeit ein, Deutschland wird ausführlicher, ausgeglichener und offener behandelt, bleibt aber eine unklare historische Realität.

Moniot schloß mit dem Appell: Wenn man die Geschichte eines anderen Landes lehrt, sollte man sich fragen, was wollen wir in Zukunft gemeinsam tun?

Während der Tagung hing hinter den Referenten die Wandkarte "Europa im XX. Jahrhundert" vom Flemming Verlag, Hamburg. Sie zeigte für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Pommern, Schlesien und Ostpreußen in der Farbe Deutschlands mit einer polnisch-farbenen gerissenen Linie an Oder und Neiße ...

Werner Vathke,
Berlin